

Fraktion DIE LINKE. im Rat
Fraktion Die PARTEI & STADTGESTALTER

Herrn Oberbürgermeister
Thomas Eiskirch

29. Januar 2021

Resolution zur Sitzung des Rates am 04. Februar 2021

Corona-bedingten Kahlschlag verhindern - Kommunen solidarisch unterstützen!

Der Rat der Stadt Bochum fordert das Land Nordrhein-Westfalen und den Deutschen Bundestag auf, die Kommunen im Lichte der coronabedingten Mindereinnahmen und Mehrausgaben deutlicher und nachhaltiger als bisher geplant zu unterstützen.

Der Bundestag wird aufgefordert, die Verteilung der Umsatzsteuer zugunsten der Länder und Kommunen im Rahmen einer Sonderentlastung zu ändern, um ihre coronabedingten Verluste auszugleichen. Um der strukturellen Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden entgegenzuwirken, ist darüber hinaus der Anteil, den die Kommunen aus dem Gesamtsteueraufkommen erhalten, dauerhaft zu erhöhen.

Das Land Nordrhein-Westfalen wird aufgefordert,

- die im Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) 2021 vorgesehene Aufstockung der Finanzausgleichsmasse um rund 943 Millionen Euro als Zuschuss und nicht als zinslose Kredite zu vergeben,
- die Mindereinnahmen der Kommunen bei der Gewerbesteuer und der Einkommensteuer in 2021 und 2022 zur Hälfte auszugleichen, wie etwa im Saarland bereits verwirklicht,
- armen bzw. einkommenschwachen Kommunen im Jahr 2025 die coronabedingten Schulden ganz oder teilweise abzunehmen, damit sie die Bilanzierungshilfen gegen Eigenkapital tauschen und diese Schulden nicht über 50 Jahre tilgen müssen,
- analog zur in Hessen bereits verwirklichten Lösung eine NRW-Kasse gründen, über die eine weitere Entschuldung der Kommunen ohne zusätzliche Konsolidierungsaufgaben erfolgen kann, indem kommunale Kassenkredite in die NRW-Kasse überführt werden,
- ein Investitionsprogramm für die Kommunen aufzulegen, das mindestens folgende Aufgaben erfüllen soll: Erstens sollte es merklich zur Wiederbelebung der lokalen Wirtschaft beitragen. Zweitens sollte es die kommunale Infrastruktur stärken und die in der Pandemie deutlich gewordenen Defizite in der Digitalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge beheben. Drittens sollte es den ökologischen Umbau hin zu einer klimaschützenden Wirtschafts- und Lebensweise in den Kommunen unterstützen.

*Gültaze Aksevi / Horst Hohmeier
Nils-Frederick Brandt / Dr. Volker Steude*